

01) Querdenker starten Volksbegehren in Bayern

06. 08. 2021



Querdenker demonstrieren für Freiheit und Demokratie · Foto: Paul Klemm / Compact Online

„Im Oktober können die Wahlberechtigten in Bayern in einem von einem ‚Querdenker‘-Bündnis initiierten Volksbegehren dafür unterschreiben, dass der Landtag abberufen wird. Ein entsprechender Antrag sei zugelassen worden, teilte das Innenministerium am Mittwoch mit. Sollten vom 14. bis 27. Oktober mehr als eine Million Wahlberechtigte unterschreiben, nähme das Volksbegehren die Schwelle in den Landtag.“ (*Nürnberger Nachrichten*)

„Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen. Wir schlafen nicht, wir stehen auf, wir sind aufgewacht. Wir werden die Demokratie, den Rechtsstaat und unsere Rechte verteidigen und für unsere Freiheit kämpfen. Jeden Tag – solange es nötig ist.“ (Querdenker-Anwalt Markus Haintz)



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [COMPACT ONLINE](https://www.compact-online.de/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) So geht Manipulation – Update täglich: Demonstrationsverbot wird „erklärt“

05. 08. 2021



Bild: Shutterstock

Unzählige Menschen, die noch geradeaus denken können, fragen sich, wie es denn möglich ist, einen erheblichen Teil der Bevölkerung in einen Zustand ständiger Angst zu versetzen, obwohl die vermeintliche Gefahr der „Pandemie“ für mehr als 99 % der Leute gar nicht wahrnehmbar ist. Die Ursache dafür ist leicht erklärt: Die Funktionsebenen, die von ihnen kontrollierten Mainstreammedien sowie abhängige „Experten“ ziehen alle Register aus dem Repertoire gängiger Manipulationstechniken. Diese Methoden sind derart ausgetüftelt und raffiniert, dass sie nicht leicht zu durchschauen sind. Unsere neue Serie „So geht Manipulation“ möge dem Leser vor Augen führen, wie solche Mechanismen funktionieren.

So geht Manipulation – Demonstrationsverbot wird „erklärt“

Vor dem Hintergrund des brutalen Vorgehens der Polizei bei der Auflösung verbotener Demonstrationen gegen den Corona-Disziplinierungs-Terror, ringt man jetzt förmlich nach Begründungen, warum man Kundgebungen je nach „Bedarf“ verbietet kann oder auch nicht.

Einfach zugeben, dass man in keiner Demokratie mit Grundrechten mehr lebe, will man doch (noch) nicht, da hält man es besser mit den Ausführungen des Genossen und DDR-Parteivorsitzenden Walter Ulbricht: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“, wie er sagte.

Und so stehen die Machthabenden derzeit vor einem Dilemma:

Wie verbiete ich Kundgebungen von Bürgern, die sich nicht länger diktatorische Maßnahmen bieten lassen wollen, deren Sinnhaftigkeit nicht einmal mehr Schwachsinnige so recht erkennen können? Beispielsweise den Maulkorbzwang (siehe unsere beliebten Serie „Corona Wahn in Bildern – Update täglich“) oder Abstandsregeln, die praktisch kaum in der Praxis ein- bzw. aufrechtzuhalten sind?

Und wie macht man ich den Leuten klar, dass ähnlich große Menschenansammlungen bei „gewünschten“ zeitgeistkonformen Aufmärschen im Gegensatz zu Freiheitsdemos stattfinden dürfen? Beispielsweise Menschenansammlungen bei der sogenannte Pride-Demonstration zum 43. Christopher Street Day (CSD). Da waren am Samstag gleich 35.000 Menschen erschienen? Wo ist der Unterschied in Sachen Infektionsschutz? Ist das Virus am Ende homophob und meidet derartige Veranstaltungen um sich dann auf „Querdenker“ zu stürzen?

Die Feinde der Freiheit haben es zweifelsohne nicht leicht geeignete Antworten auf diesen Fragenkomplex zu finden. Aber sehen wir uns an, wie sie ihre Niedertracht so zurechtbiegen, dass bei unkritischen Geistern, der Eindruck entstehen soll, sie handeln verantwortungsbewusst und keinesfalls diktatorisch:

Die Vorarbeit:

In Diktaturen ist Methode, Gesetze und Verordnungen so zu gestalten, dass sie nicht praxistauglich sind. Das bewirkt, dass rechtsfrei Räume geschaffen und toleriert werden und die Gesetze selektiv je nach Bedarf angewendet werden. Ein Musterbeispiel dazu ist die Abstandsregel: Diese Maßnahme kann gar nicht durchgeführt werden, es sei denn man verbietet jede Form des öffentlichen Lebens (wie es bei den Ausgangsverboten schon der Fall war). Wenn man jedoch jemanden ans Zeug flicken will, so ist es ein Leichtes, die betreffenden Personen aufgrund des Nichteinhaltens dieser Maßnahme zu sanktionieren, wie wir es gerade erleben müssen.

Die Anwendung:

Unliebsame Zusammenkünfte oder auch nur die Anwesenheit weniger Personen werden mit brutalster Polizeigewalt unterbunden. Hier zeigt sich bereits die Diktatur von ihrer grauslichsten Seite, denn hier wird nicht mehr Demokratie simuliert, hier wird hineingedroschen, egal ob auf Senioren oder Kinder. (Siehe dazu auch unsere Serie: Polizei: „Bei [...] die Hosen voll, bei [...] stark“).

Die manipulative Rechtfertigung der Schandtaten:

Nun zu den aktuellen Fällen: Um das Aushebeln des Demonstrationsrechtes zu rechtfertigen, beruft man sich dabei auf das Nichteinhalten der Maßnahmen (Maulkorb, Abstand) wie unter „Vorarbeit“ (siehe oben) bereits angeführt. Um jedoch zu erklären, dass das Nichtbefolgen solcher Maßnahmen bei ähnlichen Veranstaltungen und Treffen nicht zum Verbot oder gar zur Auflösung der Zusammentreffen führt, bedient man sich verbaler Verrenkungen, die zum Lachen wären, wäre es nicht zum Weinen. Wir zitieren hier wörtlich aus der [WELT](#):

„[...] Die Verbote betreffen die Versammlung ‚Die Wiedererlangung unserer Grundrechte‘ am 31. Juli und die Versammlung ‚Das Jahr der Freiheit! Und des Friedens – Das Leben nach der Pandemie‘ am 1. August. Darunter ist auch eine Demonstration der Stuttgarter Initiative ‚Querdenken 711‘ auf der Straße des 17. Juni, zu der für Sonntag 22.500 Menschen angemeldet wurden.

Das Verbot betreffe Versammlungen, deren Teilnehmer ‚regelmäßig gesetzliche Regelungen, hier konkret zum Schutz vor Infektionen, damit zum Schutz des Grundrechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit, zum Schutze aller – der Gemeinschaft – nicht akzeptieren‘, erklärte der Pressesprecher der Berliner Polizei, Thilo Cablitz. ‚Förmlich Markenzeichen und erklärtes Ziel‘ der Demonstranten sei das Verweigern des Tragens einer Munde-Nase-Bedeckung. [...]“

Den Bürgern soll somit der Eindruck vermittelt werden, man unterbinde zu erwartende Rechtsbrüche und gehe in weitere Folge gegen Rechtsbrecher vor. Der Schönheitsfehler dabei: Haben die Behörden eigentlich erwartet, dass die zehntausenden Teilnehmer der *Christopher Street Day* Versammlungen alle mit Mundschutz und schön brav mit großem Abstand zueinander aufmarschieren werden? Und als sie es dann natürlich nicht machten (was ja völlig normal ist) schritt die Polizei selbstverständlich nicht ein.

Hier geht es somit um die **Gesinnung**, die bekämpft wird und nicht um die Gesundheit, wie man uns eintrichtern will. Den Leuten wird jedoch geschickt vermittelt, dass aktuelle Demonstrationsverbote von verantwortungsvollen Behörden erlassen werden, um Infektionen zu verhindern.

Wir wären dem Pressesprecher der Berliner Polizei dankbar, wenn er uns erklären könnte, dass bei Leuten mit/ohne Maske eine Infektionsgefahr nur dann vorliegt, wenn das Nichttragen einer Maske „*förmlich Markenzeichen und erklärtes Ziel*“ ist. Darauf beruft er sich nämlich beim Verbot. Will sagen: Demos, die sich gegen eine Maßnahme richten werden verboten, das Nichteinhalten derselben Maßnahme wird toleriert, wenn diese nicht Gegenstand einer Kundgebung ist.

Man hofft, dass die Leute diesen billigen Trick nicht durchschauen.



Mehrere tausend Teilnehmer sind zum Christopher Street Day (CSD) vom Rosental aus

durch Leipzig gezogen. Foto: [Leipziger Volkszeitung](#) – dort ist eine ganze Fotostrecke der Umzuges vom Juli zu sehen. Man beachte die Abstände zwischen den Teilnehmern. Was man nicht sieht: Masken und uniformierte Schläger.

Hier noch ein Paradebeispiel in Sachen Manipulation vom letzten Jahr, als es darum ging, einen amerikanischen Schwerverbrecher zu huldigen, der im Zuge der Festnahme zu Tode gebracht wurde.

DERSTANDARD Artikel auf DER STANDARD

Erneut tausende Demonstranten gegen Rassismus auf Wiens Straßen

8000 bis 9000 Leute nahmen am Freitag an der Black-Lives-Matter-Demo teil. Die Bewegung bekommt nun Unterstützung von ganz oben: dem Bundespräsidenten

5. Juni 2020, 19:31 1.926 Postings

In dieser Galerie: 3 Bilder

DERSTANDARD Artikel auf DER STANDARD

Demonstration in Berlin: Nicht recht bei Verstand

Schwachsinnigem Verhalten, das andere gefährdet, dürfen – nein: müssen – Grenzen gesetzt werden

2. August 2020, 18:06 44 Postings

KOMMENTAR

Lesen Sie dazupassend auch unseren Artikel: [Sensation: Coronavirus verschont Linke und Migranten, nicht jedoch „böse Rechte“!](#)

Volkspädagogische Erziehung durch manipulierte Bilder

Maulkorbtragen soll uns als normal verkauft werden. Wenn schon nicht Sportler, z.B. bei Siegerehrungen, die pausenlos völlig sinnlos mit Masken präsentiert werden, kann auch mit retuschierten Fotos nachgeholfen werden. Hier ein schönes Beispiel der Deutschen Welle: Die deutsche Verson mit und die türkische ohne Masken.

The screenshot shows the DW website interface. On the left, under 'THEMEN', is the article 'Maas wünscht Annäherung zwischen EU und Türkei' (Maas wants rapprochement between EU and Turkey) from 'INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN | vor 3 Stunden'. On the right, under 'GÜNDEM TÜRKIYE', is the article 'Ankara AB'yle "pozitif gündem" arayışında' (Ankara seeks 'positive agenda' with the EU) from '3 saat önce'. Both articles feature a photo of Ursula von der Leyen and Recep Tayyip Erdoğan standing between the German and Turkish flags.

Screenshot von der „Deutschen Welle“: Sind Gesichtsmasken beim Staatsbesuch nur für das deutsche Publikum wichtig?

Wie aus Unfalltoten Coronaopfer werden

Aus ein Toten eines Gasunfalles in Indien 2020 werden dann im Jahr 2021 Coronatote.

The screenshot shows two news articles side-by-side. The left article is from Sky News, titled 'India: At least 11 dead and 1,000 taken ill after gas leak in Andhra Pradesh' by Russell Hope, dated Thursday 7 May 2020. It includes a photo of people fanning a woman on the ground. The right article is from the New York Post, titled 'COVID surge 'swallowing' people in India, footage shows people dead in streets' by Jackie Salo, dated April 26, 2021. It includes a photo of a person lying on the street being attended to.

People fan a woman taken ill during the leak

People are dying in the streets in India as the COVID-19 crisis there worsens.

Zustände in der Dritten Welt sollen bei uns als Panikmacher herhalten

In Ermangelung von massenhaften Todesfällen bei uns – wie es eigentlich bei einer Pandemie der Fall sein müsste – werden uns die Zustände in der Dritten Welt präsentiert.

SPIEGEL Ausland

Coronadesaster in Afrika

Das passiert, wenn die Delta-Variante auf eine ungeimpfte Bevölkerung trifft

In Afrika wütet eine dritte Coronawelle – in einigen Gegenden so schlimm wie nie zuvor.

Die Botschaft: Lasst euch ja alle impfen, sonst ergeht es uns wie in Afrika.

SPIEGEL Ausland

Globale Pandemiebekämpfung

Die Reichen lassen sich impfen, die Armen sterben weiter

Unser Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie ist nicht nur unethisch, sondern auch
Nachdem wir noch nie gelesen haben „Afrika: Die Reichen essen sich satt, die Armen verhungern weiter“, fragt man sich, wieso plötzlich die Mitleidsmaske mit den armen sSterbenden. Die Antwort ist einfach: **Die Botschaft** in dieser Schlagzeile ist nicht „seht her wie ungerecht die Welt doch ist“ sondern „**wenn man nicht geimpft ist, stirbt man**“.

Bitte unterstützen Sie unseren Kampf für Freiheit und Bürgerrechte. Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Deutschlands Schulen sind bunter als befürchtet: Feriengrüße vom Bayerischen Rundfunk

Von Michael van Laack

29. 07. 2021



Bildquelle: PP

Dieser Tweet des ehemals bayrisch sprechenden Teils des ÖRR kommentiert sich von selbst:

https://twitter.com/BR24/status/1420595802033041416?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etwembed%7Ctwterm%5E1420595802033041416%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fdeutschlands-schulen-sind-bunter-als-befuerchtet-feriengruesse-vom-bayerischen-rundfunk%2F



Dieser Beitrag erschien zuerst bei PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Auftrittsverbot für Nena: Jetzt werden auch aufmüpfige Künstler diszipliniert

28. 07. 2021



Foto: maxpixel.net/Concert-Nena-Stage-Performance (CC0)

Der Schritt in Richtung Gesinnungsdiktatur linksfaschistischer Prägung nimmt immer ekelhaftere Formen an. Der Corona-Wahn liefert Feinden der Freiheit jetzt auch den Vorwand Künstler zu disziplinieren. Die Äußerungen der Sängerin Nena beim Open Air im brandenburgischen Schönefeld haben erste Konsequenzen für den Star: Ein für den September geplanter Auftritt der Künstlerin in Wetzlar (Hessen) wurde von Veranstalterseite nun abgesagt. So die [die „Gießener Allgemeine“](https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/nena-konzert-abgesagt-wetzlar-corona-regeln-berlin-90885187.html).

<https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/nena-konzert-abgesagt-wetzlar-corona-regeln-berlin-90885187.html>

„Ungehorsam“ gegen Hygienekonzept

Als Grund für seine Entscheidung nennt der Veranstalter der ‚Strandkorb-Open-Air-Reihe‘ die Aussagen der Sängerin in Schönefeld, in dem diese zum Ungehorsam gegen das Hygienekonzept aufgerufen hatte, berichtet die [WELT](https://www.welt.de/kultur/pop/article232757039/Nena-Nach-Eklat-bei-Open-Air-Veranstalter-sagt-Konzert-in-Wetzlar-ab.html).

<https://www.welt.de/kultur/pop/article232757039/Nena-Nach-Eklat-bei-Open-Air-Veranstalter-sagt-Konzert-in-Wetzlar-ab.html>

Nenas Sündenfall

Auf einem Video – [unsere Redaktion berichtete](#) – ist zu sehen, wie die Künstlerin sagte: „Mir wird gedroht, (...) dass sie die Show abbrechen, weil ihr nicht in eure (...) Boxen geht.“ Die Zuschauer sollten sich bei der Veranstaltung in Gruppen in eigens abgetrennten Parzellen

(den sogenannten „Cubes“) aufhalten, die aus leeren, übereinandergestapelten Getränkekisten bestanden.

<https://unser-mittleuropa.com/starkes-statement-von-nena-gegen-corona-disziplinierungen-bei-auftritt-in-berlin/>

Nena pochte auf Eigenverantwortung, ein No-Go in jeder Diktatur:

„Ich überlasse es in eurer Verantwortung, ob ihr das tut oder nicht. Es darf jeder frei entscheiden, genauso wie jeder frei entscheiden darf, ob er sich impfen lässt oder nicht.“

Später rief die Sängerin noch „Ich habe die Schnauze voll davon“ in die Menge.

Erinnerung an die DDR werden wach

Das Verhalten der „Toleranten“ im „freisten Deutschland das es je gab“ erinnert an das Auftrittsverbot Udo Lindbergs 1983 in der DDR. Lindenberg würdigte damals das Verhalten der DDR-Oberen in seinem Song „[Sonderzug nach Pankow](#)“.

<https://www.youtube.com/watch?v=b-NSfmhiTBg>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Wenn das Gedenken Pause macht

27. 07. 2021



Wir sind seit Langem an eine Gedenkkultur gewohnt, bei der jeder, jemals durch Deutsche begangene Schandtät regelmäßig und ausführlich bedacht wird. Eine Aufzählung diverser regelmäßiger Gedenkveranstaltungen ist hier wirklich nicht notwendig. Jeder kennt sie. Diese Gedenkkultur ist wesentlich für die Rechtfertigung und Selbstdarstellung des politischen Mainstreams, insbesondere des Deutschen. Auf dieser Gedenkkultur basiert schlicht und ergreifend der Herrschaftsanspruch dieser Akteure der Gegenwart. Diese ist vergleichbar mit der christlichen Religion: In dem man ständig die eigenen Sünden bekennt und bereut, überhöht man sich automatisch moralisch über alle jene, die das nicht tun und begründet so einen Herrschaftsanspruch.

Erst unlängst pilgerte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Namibia, um Vergebung für die vom Deutschen Kaiserreich begangenen Gräueltaten zu bitten. Angeblich seien bei der Niederschlagung des Aufstandes der Hereros 100.000 Menschen umgekommen. Diese Aktion war wieder nur für das heimische Publikum gedacht. In Namibia selbst kam sie gar nicht gut an berichtete [welt.de](https://www.welt.de),

<https://www.welt.de/politik/ausland/article231607297/Herero-Chief-kuendigt-Protest-gegen-Steinmeier-in-Namibia-an.html>

obwohl Steinmeier mehr als eine Milliarde Euro „Wiederaufbauhilfe“ versprach.

Deshalb ist es sehr verwunderlich, dass der gesamte politische Mainstream auf ein Ereignis „vergessen“ hatte, das sich heuer zum achtzigsten Male jährte und infolge dessen mindestens 20 Millionen Menschen ihr Leben verloren hatten: die Rede ist vom Russlandfeldzug der Deutschen Wehrmacht, der am 22. Juni 1941 begann.

Der gelehrte Bürger hätte daher erwartet, dass die Mainstreammedien die bekannte Lektüre über die Verbrechen des Nationalsozialismus im Allgemeinen und an dem konkreten Beispiel im Besonderen wieder abspielen werden, so wie sie es jahraus jahrein immer machen. Diesmal war jedoch alles anders. Dieser Jahrestag wurde von allen westlichen Medien wie auf Kommando totgeschwiegen. Googelt man nach diesem Ereignis, so findet man keinen einzigen aktuellen Eintrag. Dies zeigt ganz nebenbei, wie alle westlichen Medien zentral gesteuert sind.

Nach dem Geschichtsverständnis des politischen Mainstreams war dieser Angriffskrieg von Seiten der Sowjetunion völlig unprovokiert und daher verbrecherisch. (Die Motivation Hitlers für diesen Angriffskrieg ist nicht Gegenstand dieses Artikels). Unstrittig ist auch, dass der Zweite Weltkrieg auf den Schlachtfeldern des russischen Bodens von den alliierten Streitkräften gewonnen wurde. Folgt man also der Mainstreamdarstellung, hätte Hitler den Zweiten Weltkrieg ohne den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion gewinnen müssen. Hitler hatte ja mit Stalin einen Nichtangriffspakt geschlossen. England wäre auch im Bündnis mit der USA außer Stande gewesen die deutschen Truppen zu besiegen.

So gesehen schulden also unsere antifaschistischen Bedenkenträger Russland auf ewige Zeiten Dank für seinen Opfergang im Zweiten Weltkrieg. Das Opfer Russlands wäre vergleichbar mit der Kreuzigung Jesus für die Christenheit. Es müsste jährlich mit Pomp und Trara so wie Ostern gefeiert werden. Wir würden zwar heute auch in einer Art von Europäischer Union leben, jedoch stünde diese im Zeichen der nationalsozialistischen Ideologie. Nach eigener Darstellung würden alle unsere heutigen politischen Akteure selbstverständlich in einem Konzentrationslager schmachten, da sie sich natürlich im Widerstand gegen dieses Regime befänden. Vielleicht wäre es aber auch ganz anders:

Möglicherweise wären alle unsere Antifaschisten stramme Nazis, die sich so wie heute einfach nur ihren Platz am Futtertrog gesichert hätten.

Der einzige westliche Politiker, der diesen Jahrestag gebührend gewürdigt hatte, war der AfD-Politiker Tino Chrupalla, der anlässlich seines Besuchs in Moskau zum Gedenken an die Opfer des Angriffs Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 auf dem Roten Platz einen Kranz am [Grabmal des unbekanntes Soldaten niederlegte](#).

<https://afdbundestag.de/chrupalla-legt-in-moskau-kranz-am-grabmal-des-unbekanntes-soldaten-nieder/>

Noch vor sechs Jahren war [Merkel höchstderoselbst am 10. Mai 2015](#) anlässlich der Feierlichkeiten zum siebzigsten Jahrestag des Kriegsendes in Moskau. Dort gedachte sie gemeinsam mit Putin an die Opfer des Krieges. Mit solchen Beileidsbekundungen ist jetzt offenbar Schluss.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/weltkriegsgedenken-in-moskau-merkel-und-putin-legen-kranz-nieder-1.2473360>

Russland wird heute als Gegner in einem globalen Ringen um Vorherrschaft erkannt, den man peu à peu niederringen will. Jede Gegenwehr Russlands oder Bestandssicherung wird als „Aggression“ dargestellt. Dabei geht es um die gigantischen Rohstoffvorräte dieses Landes, die man unter Kontrolle bringen will und offenbar auch trotz allem Geschwafel von „Nachhaltigkeit“ und „Energiewende“ ganz dringend unter Kontrolle bringen muss. Die gigantischen Billionenbeträge, die die EZB in den letzten Jahren für „Corona“ und die „Energiewende“ aus dem Nichts geschöpft hatte, müssen schließlich irgendwann durch Sachwerte hinterlegt werden. Hinderlich ist bloß die formidable Rüstung Russlands, insbesondere die atomare.

Ein direkter Angriff auf Russland, so wie von der Deutschen Wehrmacht am 22. Juni 1941 unternommen, scheidet daher aus. Dabei hat der Westen seinen Einfluss bereits tief in den postsowjetischen Raum ausgedehnt. Die heutige Demarkationslinie deckt sich schon zum guten Teil mit den Eroberungen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Die Waffe der Wahl ist heute die Subversion. Dabei versucht man Schritt für Schritt das bestehende politische System in Russland durch Propaganda zu delegitimieren. Die militärischen Leistungen der Roten Armee passen da gar nicht dazu. Ein Gedenken an den 22. Juni 1941 ist daher fehl Platz.

Anmerkung:

Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass der Gegenstand dieses Artikel keine historische Bewertung der Ursachen des Krieges zwischen Hitler und Stalin sein soll. Das ist Sache der Historiker. Wir wollen hier lediglich aufzeigen, dass das Gedenken an dieses tragische Kapitel der Zeitgeschichte von heutigen Interessenslagen überlagert wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Zum Kampf gegen die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung

27. 07. 2021



Erika Steinbach · Fotoquelle: PP

Zu den jüngsten Angriffen auf die Desiderius-Erasmus-Stiftung nimmt die Vorsitzende Erika Steinbach Stellung. Wir dokumentieren hier ihr Schreiben.

Es ist schon bemerkenswert, mit welcher fadenscheinigen Argumenten die versammelte Gegnerschaft der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) auf Biegen und Brechen die dieser Stiftung zustehende öffentliche Förderung zu verhindern sucht. Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986 in Bezug auf die öffentliche Förderung parteinaher Stiftungen „gebietet es der Gleichheitsgrundsatz, dass alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland angemessen zu berücksichtigen sind.“ Es heißt nicht, sie können oder dürfen berücksichtigt werden, sondern klar und deutlich, sie s i n d zu berücksichtigen.

Die der Desiderius-Erasmus-Stiftung nahestehende AfD erfüllt diese Grundvoraussetzungen inzwischen weitgehender als nahezu alle anderen Parteien. Lediglich die SPD und CDU/CSU als Unionspartei sind – wie die AfD seit 2017 – in allen Bundesländern, dem deutschen Bundestag und dem Europaparlament vertreten. Die übrigen Parteien gehören nicht in allen Bundesländern dem jeweiligen Parlament an. Und die FDP war in der vorletzten Legislaturperiode nicht einmal mehr im Deutschen Bundestag.

Die aufgeführten Beispiele, die belegen sollen, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung nicht förderungswürdig sei, bewegen sich allesamt im Rahmen zulässiger Meinungsäußerungen

gemäß Artikel 5 unseres Grundgesetzes. Nichts macht das deutlicher als die Antwort der Bundesregierung vom 30.3.2021 auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen die da lautet, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz sei.

Das Problem der Desiderius-Erasmus-Stiftung sei nach Auffassung unserer Gegner „das Personal“ mit angeblich „geschichtsrelativistischen Positionen“. Als Beleg dafür wird meine Aussage bzgl. der Weigerung einer Schule, das Kind eines AfD-Politikers aufzunehmen, angeführt. Ja, es gibt Assoziationen, die einem geradezu zwangsläufig dann kommen, wenn man sich wie ich jahrelang für jüdische Anliegen engagiert und eingesetzt hat und sich mit dem Holocaust und seiner Vorgeschichte intensiv beschäftigt hat.

Wenn Schulaufnahme von AfD-Kindern verweigert wird, wenn AfD-Politikern die Konten durch ihre langjährige Bank gekündigt werden, weil sie Mitglied in der AfD sind, wenn Restaurants, die ihre Räume auch an die AfD vermieten, nicht nur massiv bedroht werden, sondern Vandalismus ausgesetzt sind, wenn Gewerkschaften AfD-Mitglieder aussortieren oder nicht aufnehmen, wenn der Biomarkt Alnatura einem Lieferanten kündigt, weil der Geschäftsführer AfD-Mitglied ist oder wenn sich Firmen wie VW und AUDI weigern, der AfD-Bundestagsfraktion ihre Autos zu verkaufen und wenn es dann noch die Aufforderung der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gibt, eine Wahl zu wiederholen, weil sie mit Stimmen der AfD zustande gekommen ist, dann läuten nicht nur bei mir alle Alarmglocken. Die bedrängenden Assoziationen bewegen sich dann wahlweise zwischen DDR- oder Nazi-Methoden. Warum? Weil es dazu keinen Aufschrei in der Bundesregierung und den öffentlich-rechtlichen Medien gibt, sondern eher klammheimliche Freude.

Was meine Aussage zum Thema Pädophile anbelangt, so steht dahinter meine jahrelange Erfahrung als menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Allerdings hineinzupinterpretieren, dass ich damit alle Homosexuellen in die Pädophilenecke stelle, ist einfach gezielte Infamie.

Alle politischen Stiftungen haben ihre Aufgaben gemäß Bundesverfassungsgericht in politischer Offenheit zu machen. Das ist gut so. Deshalb gibt es sowohl bei uns im Vorstand als auch im Kuratorium durchaus unterschiedliche Auffassungen zu den Themen Klima, Energie oder zu den Corona-Maßnahmen. Nicht alle in unserem Vorstand haben sich beispielsweise wie ich gegen Corona impfen lassen. Und das ist ihr gutes Recht.

In unserer Pluralität spiegeln sich gesellschaftspolitische Debatten wieder. Aber diejenigen die immer von Diversität landauf, landab reden, können sie offenkundig dann nicht ertragen, wenn es um gesellschaftspolitische Positionen abseits ihrer eigenen Auffassung geht.

Alle anderen politischen Stiftungen teilen sich 2021 sage und schreibe 670 Millionen Euro auf. Die uns zustehenden lediglich ca. 7 Millionen Euro für das nächste Jahr wollen sie partout verhindern. Und sei es durch gezielte Lügen und Diffamierungen.

Natürlich versuchen die Gegner unserer Stiftung uns in das AfD-Boot hineinzusetzen. Und dabei werden gerne auch Personen dieser Partei als Begründung herangezogen die nicht unbedingt ein Aushängeschild sind oder die sogar bereits ausgeschlossen worden sind. Allerdings gibt es ungute Personen, mit denen man nicht in einen Topf geworfen werden möchte in allen, und ich sage ganz bewußt in allen, anderen Parteien auch. Wir sind nicht die AfD, aber stehen ihr selbstverständlich und aus Überzeugung nahe. Und ich als Parteilose stehe öffentlich dazu, dass ich die AfD wähle, da sie auf dem Boden des Grundgesetzes steht und agiert. Sonst würde ich sie nicht wählen und dieser Stiftung auch nicht vorstehen.

Gegen die derzeitigen Maßnahmen des Verfassungsschutzes klagt die AfD aus gutem Grund. So wie das fachlich eingeschätzt wird, wird die Bundesregierung nach jahrelangen Prozessen unterliegen. Und das ist gut so!



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Deutschland und Wallonien: „Rumänen“ plündern Flutopfer

24. 07. 2021



Bildquelle: Kronikaonline.ro

Diebe sind in den vom Hochwasser am stärksten betroffenen Gebieten in Deutschland aufgetaucht. Nach Angaben der Polizei handelt es sich bei einigen von ihnen um rumänische Staatsangehörige.

Am Freitagabend wurde in der Ortschaft Nette ein mit sturmgeschädigten Möbeln beladener LKW gesehen. Am Samstagmorgen wurde ein weiterer LKW gesichtet.

Ein Mann wühlte sich durch die von der Flut beschädigten Gegenstände, und Zeugen berichteten, dass er auch Schrott in seinen Lieferwagen gepackt hatte. Die Polizei identifizierte den Fahrer als einen 47-jährigen rumänischen Staatsbürger aus Dortmund, berichtete Mediafax.

Später wurden eine Waschmaschine und andere Elektrogeräte gestohlen und in einem am Straßenrand in Nette geparkten Lieferwagen gelagert. Gemeldet wurden ein 20-jähriger Mann und ein 34-jähriger Rumäne aus Recklinghausen.

An einem anderen Ort betrat eine unbekannte Person einen Keller, kam mit einer vollen Tasche heraus und verschwand. Eine Polizeistreife erwischte ihn ein paar Meter weiter. Die Tasche enthielt elektronische Gegenstände. Diesmal war der Täter ein 20-jähriger bulgarischer Staatsbürger. Am Samstagnachmittag fiel Augenzeugen zudem ein weiterer verdächtiger Lkw auf, und das aus gutem Grund: Die Polizei nahm erneut einen 46-jährigen Mann rumänischer Herkunft fest.

Die Behörden in Altena forderten am Sonntagnachmittag Verstärkung an, als sie die Insassen eines Lieferwagens dabei erwischten, wie sie Elektronik und Metallschrott aus einer überfluteten Straße stahlen. Gegen einen 23-jährigen rumänischen Staatsbürger aus Attendorn wurde ein Verfahren eröffnet.

Die Bundespolizei bittet die Bürgerinnen und Bürger, verdächtige Personen oder Fahrzeuge sofort unter der Notrufnummer 110 zu melden.

Die verheerenden Überschwemmungen im Westen Deutschlands haben bekanntlich mindestens 165 Tote und rund 100 Vermisste gefordert.

Quelle: Kronikaonline.ro

Ein weiterer detaillierter Bericht:

[Echte Dankbarkeit: Migranten ziehen plündernd durch Hochwassergebiete](#)

Und eine Facebook-Nachricht aus Wallonien von [Sandrine Demoulin](#):

Désolée mais coup de geule du jour

Cet pm, j'ai été aidé avec mes amies Carole Leboutte et Stéphanie Vandevenne des amis d'école, à Chênée !!!

La Province est passée leur déposer des BISCUITS DES ŒUFS et DES PÂTES

??? 🤔🤔🤔🤔

Ils n'ont bien sûr pas de gaz et pas d'électricité !!!

Alors faudra qu'on m'explique comment ils vont cuire leurs œufs ?? Avec le soleil ???

Nous avons depuis vendredi sillonnés Chênée avec sandwiches, pâtes bolo, poulet rôti.... Et vu la détresse de personnes qui n'avaient rien mangé depuis 3 jours

Ces pauvres gens sont en plus volés par des gitans pendant la nuit !!!

Ce jour, nous en avons chopé 4 et direct embarqué par la police !!

Nous vivons sur quelle planète ??????

Nous sommes juste des humains

Je suis horrifiée par leur situation et le manque de coordinations des services d'aides....

Une journée bien triste.....une de plus ..

(Übersetzung:)

Heute Nachmittag haben mir meine Schulfreundinnen Carole Leboutte und Stéphanie Vandevenne in Chênée geholfen. Die Provinz hat bloß einige BISCUITS, EIER und TEIGWAREN für sie abgegeben.

Natürlich haben sie kein Gas und keinen Strom! Also wird mir jemand erklären müssen, wie sie ihre Eier kochen werden? Alleine mit der Sonne ist das nicht möglich.

Seit Freitag sind wir kreuz und quer durch die Chênée mit Sandwiches, Pasta Bolo, Brathähnchen.... Und wir sahen die Not der Menschen, die seit 3 Tagen nichts mehr gegessen hatten.

Diese armen Menschen werden außerdem in der Nacht von Zigeunern ausgeraubt!

Heute haben wir 4 von denen erwischt und sie wurden von der Polizei mitgenommen.

Auf welchem Planeten leben wir eigentlich?

Ich bin entsetzt über ihre Situation und die mangelnde Koordination der Hilfsdienste!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Polizei schikaniert Hochwasser-Helferbus anstatt zu helfen!

22. 07. 2021



Bild: Screenshot Youtube

Nichts spiegelt die Abscheu der aktuellen Machthaber vor anständigen Bürger mehr wider, als der Umstand, dass in Hochwassergebiete anreisende Helfer als „irgendwie“ verdächtig hingestellt werden. Verdächtig, womöglich „rechtsextrem“ zu sein. Denn Solidaritätsgemeinschaften sind unerwünscht in dieser „offenen“ und „bunten“ Gesellschaft. Die könnten nämlich, wenn nicht gerade jetzt in den Katastrophengebieten, ja andernorts und bei ganz anderen Anlässen „gefährlich“ werden. Was tun also?

Ausweise fotografiert und Identitäten erfaßt

An der Weiterfahrt zum Ort wo Hilfe gefragt ist, kann man selbstlose Helfer nicht hindern, man kann jedoch ihre Identitäten erfassen und mal abspeichern um diese später auszuwerten, abzugleichen und einer Kartei zuzuordnen, wo Leute gelistet, die dem Regime gefährlich werden könnten. Nämlich dann, wenn der Zug in Richtung Diktatur noch mehr Fahrt aufnimmt. Und noch mehr Bürgerrechte entsorgt werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich

09) Wie Österreichs Gerichte den Islamisten helfen

07. 08. 2021



Die Musilibruderschaft in Europa - Foto: MENA Research Center

Massive Übelkeit erregt eine aktuelle Entscheidung des Oberlandesgerichts Graz, das allen Versuchen Österreichs, die Ausbreitung des Islamismus zu stoppen, den Boden unter den Füßen wegzieht. Österreich darf den Richtern zufolge nicht mehr gegen die Muslimbrüder vorgehen, weil ja nicht jedes ihrer Millionen Mitglieder ein Terrorist sei.

Wer nach dieser Argumentation nicht in empörte Atemnot gerät, ist zu beglückwünschen oder denkmüder Linksrichter. Denn mit dieser Logik müsste Österreich auch die NSDAP wieder zulassen. Denn auch deren Mitglieder haben nicht alle selber am Holocaust mitgewirkt oder den Angriffsbefehl gegen Polen oder Österreich gegeben.

Aber sie waren sehr wohl alle über genau dieselben Verbrechen informiert und haben sie schon allein durch ihre Parteimitgliedschaft unterstützt, die jetzt auch alle Muslimbrüder offen unterstützen:

- die Führung von Angriffskriegen (etwa der Hamas gegen Israel);
- die massive Diskriminierung der Angehörigen „falscher“ Religionen (insbesondere der Christen);
- und die Aushöhlung der Demokratie, mit der man die Macht erobert hat, welche man dann aber nicht mehr aus der Hand gibt (die Mittelmeerküste ist voll von Ländern, wo das passiert ist).

Jetzt haben die in vielen Ländern zu Recht verbotenen Muslimbrüder dank des OLG Graz in Österreich freie Hand.

Dies ist eine teilweise Übernahme eines Textes, den Sie komplett auf www.andreas-unterberger.at/ lesen können, Österreichs meistgelesenem politischen Blog.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweiz

10) Schweiz: „Die EU-Befürworter werden nicht aufgeben!“

Von Christoph Blocher (Alt-Bundesrat, Herrliberg)

31. 07. 2021



Blocher, Koepfel, Chiesa, Frey · Foto: SVP/UDC

Alt-Bundesrat Christoph Blocher erklärt, was die Warnlampen der SVP bedeuten. Und welche Strategie die Schweiz in ihrer Europapolitik verfolgen sollte.

Herr Blocher, Sie haben das definitive Ende der Verhandlungen über das institutionelle Abkommen mit der EU mit dem Anzünden von Freudenfeuern in allen Schweizer Kantonen gefeiert. Was wollten Sie mit dieser Aktion zum Ausdruck bringen?

Zunächst einmal die Freude darüber, dass wir unsere Unabhängigkeit bewahrt haben. Vor allem aber sind diese Feuer ein „Warnfeuer“, ein Zeichen, dass wir bereit sind, die Unabhängigkeit der Schweiz in Zukunft zu verteidigen!

Mit der Beerdigung des Rahmenabkommens haben Sie nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahr 1992 die zweite große Schlacht im Bereich der Europapolitik gewonnen. Welche Faktoren waren dieses Mal ausschlaggebend?

Bei der EWR-Abstimmung war es das Volk, das in einem Referendum NEIN zur Integration der Schweiz in die EU sagte. Diesmal war es die Regierung, die den Schritt bereits getan hatte. Entscheidend war diesmal, dass die konkreten negativen Folgen einer Übernahme der Gesetzgebung und der Rechtsprechung der EU, wie sie im institutionellen Abkommen vorgesehen sind, bereits erkennbar waren. Die Gewerkschaften, das Bürgertum und die Kantone waren darüber besorgt.

Die Euroturbos aller anderen Parteien scheinen nicht bereit zu sein, aufzugeben. Insgeheim schmieden sie sogar neue Pläne, um die Schweiz enger an die EU zu binden. Wo liegen die größten Gefahren?

Es ist klar, dass nur diejenigen, die für die EU-Mitgliedschaft sind, einem solchen institutionellen Abkommen zustimmen können. Es ist bekannt, dass diese Kreise weiterhin in dieser Richtung arbeiten werden. Sie gehen sogar einen Pakt mit der EU ein, der an Verrat grenzt. Die Gefahr besteht darin, dass sie dies in kleinen Stücken und durch harmlose Vereinbarungen zu erreichen versuchen.

Welche Strategie soll die Schweiz gegenüber der EU verfolgen?

Wir müssen der EU klar machen, dass ein institutionelles Abkommen nicht in Frage kommt, weil die Schweiz ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben kann und das Stimmrecht ihrer Bürger nicht durch EU-Recht ersetzen will. Die EU muss das verstehen.

Außerdem muss die EU verpflichtet werden, die bisher geschlossenen bilateralen Abkommen einzuhalten. Ist dies nicht der Fall, muss die Schweiz Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Schweiz ist offen für neue bilaterale Abkommen, die im Interesse beider Parteien liegen, aber nicht, wenn sie eine institutionelle Verpflichtung beinhalten.

Sollen die Kohäsionszahlungen an die EU in Höhe von über 1 Milliarde CHF, die derzeit blockiert sind, nun freigegeben werden?

Kohäsionszahlungen sollten als solche abgelehnt werden. Unabhängig von der finanziellen Belastung ist es gefährlich, wenn solche Beträge als Vorbedingung für einen offenen Binnenmarkt gezahlt werden sollen. So etwas gibt es sonst nirgendwo auf der Welt. Die Schweiz muss NEIN sagen und Gegenmassnahmen ergreifen.

In den letzten Jahren und Monaten haben Sie Ihr politisches Engagement ganz auf die Europapolitik konzentriert. Was sind Ihre persönlichen Ziele für die nahe Zukunft?

Meinen Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz und eine liberale innere Ordnung fortsetzen. Ich tue dies als Privatperson mit dem Recht zu wählen und ohne politisches Mandat.

Quelle: [SVP/UDC](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER